

## **Kinder dürfen kein Luxusgut sein**

Der Schweiz fehlen 1,1 Millionen Kinder. So viele Kinder hätten in den letzten 40 Jahren zur Welt kommen müssen, um die Schweizer Bevölkerungszahl langfristig stabil zu halten. Die CVP will eine stabile Schweiz mit einer sicheren Zukunft, deshalb setzt sie sich für die Stärkung der Familien ein und kämpft für steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen. Die Mehrheit des Parlaments sah das leider anders und empfahl unsere Initiative in der Herbstsession zur Ablehnung. Dabei wird die Faktenlage verkannt, wie die folgenden Zahlen belegen:

- Nur 33 % aller Schweizer Haushalte sind noch Familien mit Kindern.
- Ein Drittel aller Kinder lebt in einkommensschwachen Familien.
- 60 % aller Familien sind Mittelstandsfamilien.
- Ein doppeltes Einkommen ist oftmals existentiell für Mittelstandsfamilien.

Deshalb unterstützt die CVP mit ihrer Initiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ zielgerichtet Familien aus dem Mittelstand. Bis anhin sind diese Familien oft aufgrund der Auszahlung der Kinder- und Ausbildungszulagen in eine höhere Steuerprogression geraten. Als Folge davon entfallen für mittelständische Familien weitere Entlastungsmöglichkeiten wie Prämienverbilligungen. Die Umverteilung durch die Steuerprogression bleibt ungerecht, solange die Kinder- und Ausbildungszulagen besteuert sind.

Heute entscheiden sich Paare bewusst für oder gegen Kinder. Bereits die Überlegung, ob oder wie viele Kinder sich eine Familie leisten kann, ist wortwörtlich ein Armutszeugnis für unsere Schweiz. Kinder dürfen kein Luxus sein. Dagegen kämpft die CVP mit ihrer Volksinitiative. Kinder- und Ausbildungszulagen sind kein Lohnbestandteil, sondern sollen voll und ganz den Familien zugute kommen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Staat mit der einen Hand Zulagen ausbezahlt und dann mit der anderen Hand davon wieder Steuern einkassiert. Die Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen gibt Familien ein Stück Kaufkraft zurück. Familien werden gestärkt und Kinder nicht zu einem finanziellen Risiko. Das Schweizer Stimmvolk wird in der ersten Hälfte 2015 das letzte Wort darüber haben. Wir sind zuversichtlich, dass es für die Familien entscheidet.